

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	56. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	17. Dezember 2013, 15:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

24.

Punkt 28 der Tagesordnung: Einrichtung eines Auskunftssystems für barrierearme Wohnungen in Karlsruhe

Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Dr. Dorothea Polle-Holl, der Stadträte Michael Borner und Alexander Geiger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 13. November 2013

Vorlage: 2013/0222

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 28 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Wohnungen gibt es viele. Doch gerade für Menschen mit Behinderungen stellt die Wahl der passenden Wohnung ein Problem dar. Der Bedarf an barrierefreien oder seniorenrechtlichen Wohnungen ist hoch, die Auswahl leider noch nicht. Wenn mal eine Wohnung frei wird, wissen es die Betroffenen oftmals nicht. Aus Gesprächen mit dem Seniorenbeirat erfuhren wir, dass gerade diese Wohnungen oft nachgefragt werden. Aus diesen und anderen Gründen beantragen wir ein Auskunftssystem für barrierefreie Wohnungen. In einem solchen Auskunftssystem sehen wir auch einen weiteren Baustein im Prinzip ambulant vor stationär.

In Anbetracht der heutigen Tagesordnung möchte ich mich jetzt noch sehr kurz halten. Wir begrüßen die Antwort der Stadtverwaltung und freuen uns auf die Diskussion im Sozialausschuss. Ich möchte aber noch anmerken: Sollten sich die Stadtverwaltung und der Sozialausschuss für ein solches System entscheiden und es die personellen und fachlichen Kompetenzen der Stadt nicht hergeben, sollte man diese Aufgabe dann nach außen vergeben.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Auch wir halten es für sinnvoll, dass so etwas eingerichtet wird. Der Schwerpunkt muss auf barrierearm liegen, denn barrierearm gibt auf jeden Fall wesentlich mehr her, gerade bei unserer Wohnungssituation hier in Karlsruhe. Gerade ältere Menschen oder auch Menschen mit Behinderungen von geringerem Grade brauchen nicht eine absolut barrierefreie Wohnung oder ein barrierefreies Haus, sondern es genügen oft solche Kleinigkeiten wie abgesenkte Duschen oder keine Schwellen zwischen den Zimmern. Es ist auch sinnvoll, wenn man solch ein Hilfe- und Auskunftssystem anbietet, dass man verschiedene Kategorien gleich von vornherein einrichtet, dass man auch verschiedene Schweregrade, sage ich jetzt einfach mal, für die barrierearme Situation erstellt.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin Fischer (SPD): Ich kann mich dem anschließen. Sicher ist das System sinnvoll und gut und auch sicher gut gemeint. Das lässt sich sicherlich auch auf freiwilliger Basis verwirklichen. Ich bin aber doch etwas aufgeschreckt, wie dann so Worte fallen wie „Zentrales Auskunftssystem“ und „Datenbank“, die sowohl öffentliche wie auch private Wohnungen enthalten sollen. Das kann nur funktionieren, wenn es freiwillig geleistet wird. Man kann hieraus keine Pflicht machen. Man kann hier die großen Wohnungsbaugesellschaften auffordern, eine Vorreiterposition zu erfüllen. Es hat mich dann aber doch etwas geschockt wenn man „Zentrales Auskunftssystem“ sagt.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Golombeck (FDP): Ich gehe mal davon aus, dass das Wort „Zentrales Auskunftssystem“ auf freiwilliger Basis beruhen sollte. Wie ich mir das durchgesehen habe in der Stellungnahme, gab es oder gibt es eigentlich schon so ein Auskunftssystem. Das konnte aber nicht zum Starten gebracht werden. Hier steht, dass einfach die Informationen für diese Wohnungen fehlen, d. h. also die Eingaben fehlen, die Daten, die Informationen fehlen. Wenn ich mir nun vorstelle, dass ich jetzt eine Wohnung vermieten möchte - es wird hier auch gefragt nach privaten Wohnungen -, kann ich als Wohnungsinhaber, als totaler Laie nicht bewerten, ist jetzt die Wohnung, die ich vermiete, barrierefrei oder nicht. Rollstuhlgerecht, da kenne ich mich aus, das kann ich noch bewerten. Es gibt aber im Bereich der Behinderungen ein sehr breites Spektrum. Reicht das aus? Deswegen meine ich, wenn ich solch eine Wohnung vermieten will, muss sie definiert werden von Fachleuten, und es muss gesagt werden, diese Wohnung eignet sich für Behinderte von dem Grad bis zu diesem Grad. Wenn ich diese Daten habe und gebe die in ein EDV-System ein, dann kann ich mir gut vorstellen, dass jemand hier in dieses Seniorenbüro kommt und sagt, ich habe die und die Behinderung, brauche jetzt eine Wohnung., ich kann zu Hause nicht mehr leben, wo gibt es das hier in Karlsruhe. Dann tippen die das ein, und dann sagt das EDV-System, in diesem oder jenem Stadtteil gibt es diese Wohnung, die genau zu dieser Behinderung auch passt. Ich finde das ganz gut. Das sollte man auch weiterverfolgen.

Ich gehe davon aus, wenn sich die Sozial- und Jugendbehörde und das Liegenschaftsamt einmal zusammensetzen und einen Plan erarbeiten - oder hier steht: runder Tisch, da kommt meistens immer was dabei heraus -, dass das dann zum Erfolg wird.

(Heiterkeit, Beifall bei der FDP)

Stadträtin Döring (KAL): Im Prinzip ist es sicher ein guter Antrag, diese GRÜNE-Antrag. Die Einrichtung eines Runden Tisches ist sicher auch eine gute Sache. Mir wäre es aber doch lieber, wenn es so ein bisschen mehr in Richtung gehen würde, dass man sich vor Ort - face to face - beraten lassen kann, was barrierearme Wohnungen angeht. Ich finde auch, der Begriff „barrierearm“ ist in diesem Zusammenhang sinnvoller, weil es da wahrscheinlich dann mehr Chancen gibt, dass tatsächlich Wohnungen gefunden werden als wenn man explizit barrierefrei oder rollstuhlgerecht angibt. Da gibt es ja tausend Bestimmungen, die erfasst sein müssen, und wenn die Tür 5 cm zu schmal ist, ist die Wohnung nicht barrierefrei. Das suchen manche aber gar nicht. Die suchen wirklich dann nur etwas mit weniger Schwellen, mit einem Fahrstuhl, mit einem Badezimmer, in dem sie sich mit einem Rollstuhl bewegen können. Wie schon gesagt wurde, dass diese Informationen nur auf freiwilliger Basis gesammelt werden können, ist selbstverständlich. Wir können jetzt nicht per Zwangsabfrage alle Wohnungsinhaber, alle Wohnbaugesellschaften anschreiben und fragen, was eine barrierearme Wohnung ist, weil da die Kriterien erst einmal gar nicht festgelegt sind.

Dann denke ich, ich sage es noch mal, dass es sinnvoller ist, so ein Auskunftssystem, selbst wenn man die Daten jetzt sammelt, natürlich im PC - nicht im Ordner, das ist nicht mehr up to date -, dass sich dann Menschen an das Seniorenbüro oder an die Behindertenbeauftragte wenden können und sagen, das und das brauche ich, gibt es das. Das halten wir für sinnvoller. In dieser Richtung sollte dann auch bei der Zusammensetzung der Gruppe, die dann darüber berät, wie man das umsetzt - ob man einen runden Tisch macht oder nicht -, gearbeitet werden. Im Sozialausschuss werden wir uns dann weiter unterhalten.

(Beifall bei der KAL)

Der Vorsitzende: Bevor jetzt morgen in der Zeitung steht, wir richten eine Auskunftsdatei für barrierearmes Wohnen ein, möchte ich auf zwei Dinge hinweisen, die Sie aber auch schon selbst genannt haben. Wir müssen erst mal definieren, was arm und was frei ist. Dann müssen die Menschen und Besitzer der wahrscheinlich über 100 000 Wohnungen in Karlsruhe bereit sein, uns zu informieren. Bis man da wirklich eine flächendeckende Auskunft geben kann, da sind wir noch ein bisschen davon entfernt. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass eine Zielsetzung auch sein könnte, dass man mehr Bewusstsein dafür schafft, dass jeder, der eine Wohnung irgendwo anbietet, auch eine Aussage trifft über Barrierearmut oder Barrierefreiheit. Da können wir gerne einmal bei unseren und anderen Wohnungsgenossenschaften anfangen, damit sich so eine Tradition durchsetzt. Wenn dann jeder, der eine Wohnung auf den Markt bringt, dazu schon etwas sagt, dann hat sich auch die Notwendigkeit einer solchen Zentraldatei, die von so großer Freiwilligkeit abhängt, dass ich nicht weiß, ob wir immer nur annähernd überblicken können, was es denn auf dem Markt da gibt, möglicherweise erübrigt.

Wir versuchen in beiden Richtungen zu arbeiten, kein Thema, sollten aber die Erwartungen auch nicht zu hoch zu hängen. Dann stimmen Sie alle der Stellungnahme der Verwaltung und damit auch dem Antrag so zu. - Dann können wir weiterfahren.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

7. März 2014